

Angelika Vetter, Saskia Goldberg

„Nutzen-“ und „Kostenbewertungen“ dialogischer Bürgerbeteiligung bei lokalen Infrastrukturprojekten aus Sicht der Bürgerschaft, der Verwaltung und der Politik

Zusammenfassung

Dieser Beitrag argumentiert, dass die künftige Nutzung dialogorientierter Bürgerbeteiligungsprozesse in Deutschland unter anderem davon abhängt, inwieweit verschiedene Akteursgruppen (Bürger*innen, Verwaltung, Politiker*innen) einen tatsächlichen Mehrwert in ihnen erkennen. Der Mehrwert wird analysiert, indem wahrgenommene Nutzen und Kosten dialogischer Beteiligungsverfahren ermittelt und einander gegenübergestellt werden. Anhand leitfadengestützter Fokusgruppeninterviews werden drei Beteiligungsprozesse zu lokalen Infrastrukturprojekten in der Stadt Heidelberg untersucht. Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Nutzen- und Kostenwahrnehmungen zwischen den Akteursgruppen unterscheiden. Folglich ist für die Umsetzung künftiger Beteiligungsprozesse ein multi-perspektivisches Erwartungsmanagement wichtig, welches unterschiedliche Erwartungen und potenzielle negative Effekte dialogischer Beteiligungsverfahren berücksichtigt. Gleichzeitig zeigt der Beitrag, dass unterschiedliche Kontexte und Prozessmerkmale die Prozesswahrnehmungen und -bewertungen der Akteure beeinflussen.

Schlagworte: Bürgerbeteiligung, Akteure, Kosten-Nutzen-Bewertungen, Prozessdesign, Kontext

Abstract

Perceived 'Benefits' and 'Costs' of Dialogical Citizen Participation in Local Infrastructure Projects from the perspective of citizens, administration, and politicians

This paper argues that the future use of dialogue-oriented public participation processes in Germany depends, among other things, on the extent to which different groups of actors (citizens, administration, politicians) perceive them to have added value. The added value is analysed by determining and comparing the perceived benefits and costs of dialogue-based participation processes. Three participation processes for local infrastructure projects in the city of Heidelberg are examined using guided focus group interviews. The results show that the cost-benefit-perceptions differ between the groups of actors. Consequently, a multi-perspective expectation management is important for the design and the implementation of future participation processes, taking into account different benefit and cost perspectives and keeping in mind that dialogue-based participation processes do not exclusively achieve positive effects. At the same time, the article shows that different contexts and process conditions also affect the actors' perceptions and evaluations of the process.

Keywords: Citizen participation, actors, cost-benefit perceptions, process design, context

1 Ausgangssituation, Argument und Fragestellung

Die Nutzung deliberativer, am Dialog orientierter Beteiligungsverfahren (z. B. Bürgerversammlungen, Zukunftswerkstätten, Planungszellen) steht zunehmend im Fokus wissenschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Debatten (z. B. Jacquet & van der Does, 2021), sodass aktuell gar von einer ‚*deliberative wave*‘ gesprochen wird (OECD, 2020).

Unterschiedliche wissenschaftliche Disziplinen knüpfen weitestgehend positive Erwartungen an solche Verfahren. Aus demokratietheoretischer Perspektive sollen mit ihrer Hilfe beispielsweise Argumente verschiedener Seiten Gehör finden, soll Transparenz in politischen Entscheidungsprozessen erhöht werden, Verständnis für alternative Problemsichten entwickelt und das Vertrauen der Bürger*innen in politische Entscheidungsprozesse, politische Akteur*innen und die Demokratie gestärkt werden (Goodin & Dryzek, 2006; Dryzek et al., 2019; Pogrebinschi, 2015; Dalton & Welzel, 2014). Sie sollen außerdem zu einer Stärkung der Output-Legitimität beitragen, indem mehr Wissen in die Planungen einfließt und damit die Planungsergebnisse verbessert werden. Gleichzeitig wird eine Steigerung der Input-Legitimität erwartet, indem sämtliche Interessen der Bürger*innen in die politischen Entscheidungsprozesse involviert werden (Scharpf, 1999, S. 12 ff.; Schmidt, 2013). Darüber hinaus soll die Akzeptanz von politischen Entscheidungen gestärkt werden (Hildebrand, Rau & Schweizer-Ries, 2018; kritisch u. a. Bauer, 2015; Fink & Ruffing, 2015; 2019), die spätestens seit den Protesten um den Stuttgarter Hauptbahnhof v. a. bei Großprojekten nicht mehr als selbstverständlich angenommen werden kann (Brettschneider, 2020; Schmalz, 2019).

Dialogische Formen der Bürgerbeteiligung sind in Deutschland rechtlich bereits an verschiedenen Stellen verankert. So schreiben zahlreiche Planungsgesetze oder Verwaltungsverfahren des Bundes und der Länder eine „Öffentlichkeitsbeteiligung“, „frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung“ oder „frühe Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit“ vor (z. B. § 25 Abs. 3 VwVfG, § 12 EnWG zur Netzentwicklungsplanung, §§ 9 und 10 NABEG, § 2 UVwG BW, § 3 BauGB). Allerdings verdecken solche unbestimmten Rechtsbegriffe, dass dialogische Beteiligungsprozesse *unterschiedliche Ziele* haben und auf *vielfältige Art ausgestaltet* werden können. Daher setzt ihre Anwendung differenziertes Wissen über Verfahren und Kontexte voraus, damit sie ihre Potenziale entfalten können.

Im Jahr 2021 wurde vom baden-württembergischen Landtag erstmalig ein „Gesetz über die dialogische Bürgerbeteiligung“ (BW DBG – Drucksache 16/9486) verabschiedet. Es definiert dialogische Bürgerbeteiligung als freiwillige öffentliche Aufgabe und als informellen Teil des Verwaltungshandelns. Ziel ist es, verschiedene Interessen in der Bevölkerung für ein konkretes Thema oder Vorhaben zu erkunden und die Vorbereitung exekutiver Entscheidungen über die bestehenden formalen Anhörungsverfahren hinaus zu erleichtern. Dabei können auch Zufallsbürger*innen eingeladen und unterschiedliche Formate wie Diskussionsforen, Runde Tische oder Zukunftskonferenzen genutzt werden. Die Ergebnisse haben aber keine bindende Wirkung für die weiteren Entscheidungsprozesse.

Der folgende Beitrag lehnt sich an diese Definition an, ergänzt sie jedoch um weitere Zielsetzungen bzw. Erwartungen, die in der Literatur mit ihr verbunden werden (siehe Abschnitt 2).¹ In diesem Sinn umfasst dialogische Bürgerbeteiligung sämtliche freiwillige Formen des dialogischen Austauschs zwischen Bürger*innen, Vertreter*innen der Politik, der Verwaltung und ggfs. weiteren zivilgesellschaftlichen oder privatwirtschaftlichen Akteur*innen. Sie haben in der Regel konsultativen Charakter und werden meist von den Verwaltungen (top-down) geplant (z. B. Vetter, 2021; siehe auch Curato et al., 2021 im internationalen Kontext).

Auch wenn der Einsatz dialogorientierter Beteiligungsverfahren generell breit unterstützt wird (z. B. Renwick, Lauderdale, Russell, & Cleaver, 2022 für UK; Goldberg & Bächtiger, 2022 für Deutschland), ist nicht selbstverständlich davon auszugehen,

dass die Formate zukünftig auch stärker genutzt werden. Bisherige Befunde zu den Bewertungen dialogischer Beteiligungsverfahren bilden häufig nur deren grundsätzliche Befürwortung oder Ablehnung ab. Sie beziehen sich entweder nur auf eine Akteursgruppe (z. B. Kersting & Schneider, 2016; Niessen, 2019) oder auf ‚erfolgreiche‘ Einzelfälle (z. B. Jacquet, 2019) und sie beruhen zumeist auf Bevölkerungsumfragen oder Experimenten, die dialogische Beteiligungsverfahren als ‚hypothetische‘ Szenarien behandeln (z. B. Bedock & Pilet, 2020; Christensen, 2020; Jacquet, Niessen & Reuchamps, 2020; Goldberg & Bächtiger, 2022). Sollten dialogische Beteiligungsprozesse künftig mehr als symbolische Politik sein (Fink & Ruffing, 2015), müssen die daran beteiligten Akteur*innen Mehrwerte der Verfahren wahrnehmen, um über deren Einsatz zu entscheiden und ihre Ergebnisse bei der Entscheidungsfindung angemessen zur Kenntnis zu nehmen (*Politik*), um sie zu initiieren, zu planen und durchzuführen (*Verwaltung*) und um Anreize zu erkennen, sich daran zu beteiligen (*Bürger*innen*) (siehe auch Fung, 2015, p. 516).

Ausgehend von einem vereinfachten Rational-Choice-Modell (Kunz, 2004) argumentieren wir, dass dialogische Beteiligungsprozesse nur dann (dauerhaft) unterstützt werden, wenn die Verfahren innerhalb der beteiligten Akteursgruppen mit einem ‚Mehrwert‘ in Verbindung gebracht werden. Entsprechende Mehrwerte ergeben sich aus dem Abgleich individuell wahrgenommener ‚Kosten‘ der Verfahren mit ihren ‚Nutzen‘. Dabei geht es nicht um objektiv messbare ‚Kosten-‘ und ‚Nutzenbewertungen‘, wie beispielsweise den tatsächlichen zeitlichen Aufwand, der mit einem Beteiligungsverfahren verbunden ist. Vielmehr zählen wir dazu alle subjektiv wahrgenommenen positiven und negativen Beurteilungen durch die Beteiligten, zu denen auch ‚weiche‘ Aspekte gehören können, wie beispielsweise eine gefühlte Wertschätzung der eigenen Meinung durch andere (ausführlicher hierzu Schmalz, 2019, S. 81 ff.). Die Frage in diesem Beitrag ist dementsprechend, welche ‚Nutzen-‘ und ‚Kostenfaktoren‘ dialogischer Bürgerbeteiligung in einzelnen Akteursgruppen besonders wahrgenommen werden.

Obwohl dialogische Beteiligungsprozesse mittlerweile auf allen politischen Ebenen stattfinden (OECD, 2020), werden sie zumeist auf der kommunalen Ebene umgesetzt (vgl. zu Baden-Württemberg: Remer, 2020). Oft handelt es sich dabei um lokale Infrastrukturprojekte, die auf Grund konkreter Betroffenheiten mit Konflikten einhergehen. Diese wiederum sollen durch die Beteiligungsprozesse häufig entschärft werden. Daher untersuchen wir die ‚Kosten-‘ und ‚Nutzenwahrnehmungen‘ unterschiedlicher Akteursgruppen im Nachgang von drei Beteiligungsprozessen zu lokalen Infrastrukturprojekten. Die Analysen basieren auf qualitativen Fokusgruppeninterviews mit 31 Beteiligten aus der Bürgerschaft, der Verwaltung und der Politik. Die Kenntnis der Prozesse lässt zudem Rückschlüsse darauf zu, welche Kontextfaktoren (Ausgangssituation und Prozessdesign) Einfluss auf die Bewertung der Verfahren gehabt haben. Diese sollten bei der Planung und Durchführung zukünftiger Beteiligungsverfahren beachtet werden, um die wahrgenommenen Mehrwerte der Prozesse zu stärken.

2 Wirkungserwartungen an dialogische Beteiligungsprozesse

In der Forschungsliteratur finden sich kurz- und längerfristige Nutzenerwartungen an dialogische Beteiligungsverfahren (z. B. Theuwis, van Ham & Jacobs, 2021; Jacquet &

van der Does, 2021; Vetter, Eith & Geyer, 2015): Längerfristige Nutzenerwartungen beziehen sich erstens auf Verhaltensänderungen der politisch-administrativen Akteur*innen. Sie sollten durch den regelmäßigen Einsatz der Verfahren transparentere, offenere und responsivere Verhaltensformen entwickeln (Jacquet & van der Does, 2021). Zweitens sollten dialogische Beteiligungsprozesse durch mehr Wissen zu ‚besseren‘ administrativen Planungs- und politischen Entscheidungsprozessen und damit zu einer höheren Output-Legitimität des politischen Systems beitragen (Scharpf, 1999; Schmidt, 2013). Drittens werden Veränderungen der politischen Kultur erwartet. Dazu gehören beispielsweise Mobilisierungseffekte in die breite Öffentlichkeit, indem Teilnehmende ihre Erfahrungen in „Alltagsgesprächen“ weitertragen (Mansbridge, 1999; Lazer, Sokhey, Neblo, Esterling & Kennedy, 2015) und damit auch nichtbeteiligte Bürger*innen zur Beteiligung an und zur Auseinandersetzung mit öffentlichen Themen anregen (Gastil, Knobloch, Reedy, Henkels & Cramers, 2018). Damit sollte nicht nur die Input-Legitimität, sondern auch das „Sozialkapital“ innerhalb einer Gesellschaft gestärkt werden (Putnam, 2001), das sich in der Verdichtung bürgerschaftlicher Netzwerke sowie einer Kultur des gegenseitigen Vertrauens widerspiegelt.²

Abgesehen von einigen Ausnahmen (für einen Überblick siehe van der Does & Jacquet, 2021) gibt es bislang kaum empirische Studien zu längerfristigen Wirkungen. Die meisten Ergebnisse beziehen sich auf die teilnehmenden Bürger*innen. Es finden sich Hinweise auf positive Veränderungen unter den Beteiligten, die quantitativ aber nicht durchgehend bestätigt werden. Ähnliches gilt im Hinblick auf Wirkungen unter nichtbeteiligten Bürger*innen (van der Does & Jacquet, 2021; Jacquet & van der Does, 2021; Michels, 2011). Untersuchungen zu längerfristigen Verhaltensänderungen auf Seiten der Verwaltung und der Politik sind nahezu inexistent. Entsprechende Annahmen finden sich v. a. im Zusammenhang mit direkt-demokratischen Abstimmungen und der damit verbundenen „Damokles-Schwert-Funktion“ der Verfahren in der Schweiz, die längerfristig zu einer responsiveren Politik führen soll (Kriesi, 1991).

Kurzfristige Nutzenerwartungen an dialogischer Bürgerbeteiligung finden sich in unterschiedlichen Theorien und Wissenschaftszweigen. Sie lassen sich den drei Akteursgruppen zuordnen, die in diesem Beitrag von Bedeutung sind (*Tabelle 1*).

Von Seiten der Partizipations- und Deliberationstheorie wird erwartet, dass teilnehmende Bürger*innen Fach- und Beteiligungswissen erwerben, ihr Bewusstsein für politische Themen steigt und sich ihr subjektives politisches Kompetenzgefühl positiv entwickelt (z. B. Fishkin, 2009; Niemeyer, 2011). Darüber hinaus sollen dialogorientierte Beteiligungsverfahren zu Präferenztransformationen oder Meinungsänderungen beitragen (z. B. Fishkin, 2009) und Wahrnehmungen für Fairness und Respekt fördern (z. B. Mansbridge et al., 2012). Es wird erwartet, dass durch sie das politische Vertrauen (z. B. Grönlund et al., 2010) sowie das interne und externe Wirksamkeitsgefühl (z. B. Boulianne, 2019) unter Teilnehmenden steigt, sie empathischer werden (z. B. Suiter, Muradova, Gastil & Farrell, 2020) und ihr politisches Interesse zunimmt. Dies wiederum dürfte zu mehr zivilgesellschaftlichem und politischem Engagement führen (z. B. Knobloch & Gastil, 2015; Michels & de Graaf, 2010; Fournier, Van der Kolk, Carty, Blais & Rose, 2011). Ihre Förderung ist damit kein Selbstzweck, sondern dient der Stärkung der Demokratie (Pateman, 1970; Barber, 1994).

Aus verwaltungswissenschaftlicher Sicht überwiegen Nutzenerwartungen bezogen auf Effektivitäts- und Effizienzgewinne und eine damit verbundene höhere Akzeptanz der Ergebnisse (Holtkamp, Bogumil & Kißler, 2006, S. 21 ff.; Geissel, 2013, p. 22).

Effektivität bezieht sich dabei primär auf die Optimierung der Planungsziele und die Verbesserung von Planungsleistungen durch die verstärkte Einbeziehung von bürgerschaftlichem Alltags- und Fachwissen,³ aber auch durch die Einbeziehung von schwach organisierten Interessen, die in öffentlichen Diskursen sonst weniger ‚gehört‘ werden (z. B. Minderheiten, Hausfrauen oder Kinder). Effizienz ergibt sich durch den Abgleich zwischen wahrgenommenem Aufwand und Nutzen. Eine höhere Effizienz kann beispielsweise erreicht werden, wenn Steuerungswissen steigt und Planungsverfahren durch den Abbau von Widerständen beschleunigt werden (Bogumil, 2001, S. 2). Dialogische Beteiligungsverfahren sollten damit zu einer quantitativen und/oder qualitativen Stärkung der administrativen Planungsprozesse beitragen und auf diese Weise die Akzeptanz von Projekten stärken (Newig, Jäger & Challies, 2012; Hildebrand, Rau & Ries, 2018).

Auf Seiten der Politik sollte die eigene Entscheidungssicherheit zunehmen. Politiker*innen erhalten durch dialogische Beteiligungsprozesse zum einen mehr Informationen über die Präferenzen der Bürger*innen. Zum anderen kann Bürgerbeteiligung ein zusätzliches Kontrollinstrument gegenüber der Verwaltung darstellen, da sie die Transparenz der Planungen in öffentlichen Diskussionen erhöhen sollten. Dies kann Politiker*innen in ihrer Kontrollfunktion gegenüber der Verwaltung entlasten und zu einer weiteren Absicherung der eigenen Entscheidung führen (Fink & Ruffing, 2019, S. 200). Darüber hinaus wird in der Literatur davon ausgegangen, dass Politiker*innen von einer breiteren Akzeptanz der eigenen Entscheidungen ausgehen, da mehr Interessen in die Planungen einbezogen wurden (Fink & Ruffing, 2015, S. 255; Macq & Jacquet, 2021).

Tabelle 1: Kurzfristige Nutzenerwartungen nach Akteursgruppen

Akteursgruppe	Ziel / Erwartung
Bürgerschaft	<ul style="list-style-type: none"> • Mitgestaltung und Einflussmöglichkeiten auf Entscheidungen (Gehör und Einfluss) • Lernen, Verständnis für Argumente, Stärkung des politischen Selbstbewusstseins und die Entwicklung von Vertrauen (Aufklärung und Transparenz)
Verwaltung	<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der Ergebnisse (Effektivität) • Erhöhung von Effizienz, z. B. durch mehr Steuerungswissen oder den Abbau von Widerständen • Akzeptanz der Planungsleistungen
Politik	<ul style="list-style-type: none"> • Breite Beteiligung und Teilhabe (Inklusion) und dadurch Absicherung der eigenen Entscheidung • Höhere Akzeptanz der eigenen Entscheidungen auf Seiten der Bürgerschaft

Quelle: Eigene Darstellung.

Neben diesen Nutzenerwartungen werden in der Literatur allerdings vereinzelt auch Kosten dialogischer Bürgerbeteiligung diskutiert: Relevant für Verwaltung und Politik könnten Bedenken im Zusammenhang mit ungleicher Beteiligung sein. So hätten Bürger*innen häufig kaum Interesse an Beteiligung und könnten nur schwer mobilisiert werden. Dies gelte besonders für Teile der Gesellschaft, die sich ohnehin kaum politisch engagieren (Papadopoulos, 2004; Schäfer & Schoen, 2013). Die damit verbundene politische Ungleichheit würde im Rahmen von Beteiligungsprozessen verstärkt. Umgekehrt bekämen artikulationsstarke Gruppen oder ‚die üblichen Verdächtigen‘ zusätzliche Einflussmöglichkeiten und könnten die Verfahren dominieren. Dies würde

die Repräsentativität schmälern und aus Sicht der Politik und Verwaltung die Effektivität und Akzeptanz in Frage stellen. Auf Seiten der Politik könnten die Verfahren zudem als Konkurrenz gesehen werden (Hendriks & Lees-Marshment, 2019). Auch auf Seiten der Bürgerschaft sind negative Wahrnehmungen nicht auszuschließen. Der Vorwurf, Verwaltung und Politik hätten kein oder nur ein selektives Interesse an den Ergebnissen unverbindlicher, dialogischer Beteiligungsprozesse, wird unter dem Stichwort ‚Cherry-Picking‘ diskutiert (Font, Smith, Galais & Alarcon, 2018). Auch wenn die Befunde hierzu bislang positiver sind als häufig unterstellt, könnte die Unverbindlichkeit dennoch zu Frustrationen auf Seiten der beteiligten Bürger*innen führen, die den Nutzen ihres Engagements dann in Frage stellen (Fung, 2015; Bauer, 2015).

Zusammenfassend gehen wir damit erstens davon aus, dass verschiedene Akteursgruppen Bürgerbeteiligungsprozesse anhand unterschiedlicher Nutzenaspekte bewerten, da sie die Prozesse aus unterschiedlichen Rollenperspektiven wahrnehmen. Zweitens sollten neben Nutzenaspekten auch Kostenfaktoren wahrgenommen werden. Diese beiden Annahmen, so unsere dritte Erwartung, sollten jedoch von Kontext- und Prozessfaktoren ‚moderiert‘ werden. Hierauf wurde in der Literatur bereits hingewiesen (Macq & Jacquet, 2021). Diesen Annahmen gehen wir im Folgenden induktiv durch die Ermittlung von ‚Nutzen-‘ und ‚Kostenbewertungen‘ in verschiedenen Beteiligungskontexten nach, mit dem Ziel, daraus forschungsleitende Interaktionsüberlegungen für zukünftige Studien zu generieren.

3 Forschungsdesign

Die folgenden Analysen basieren auf der qualitativen Untersuchung von drei Beteiligungsprozessen in der Stadt Heidelberg. Sie fanden zwischen 2013 und 2016 statt. Durch die Konzentration auf eine Stadt halten wir die Kontextvariation unserer Fälle möglichst gering. Heidelberg war die erste Stadt Deutschlands, die sich 2012 mit ‚Leitlinien für eine mitgestaltende Bürgerbeteiligung‘ inkl. einer entsprechenden Satzung und Verwaltungsvorschrift zu mehr dialogischer Bürgerbeteiligung verpflichtete. Die in der Stadtverwaltung angesiedelte Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung unterstützt die entsprechenden Ämter, Stadträt*innen, aber auch Bürger*innen bei der Umsetzung der Leitlinien.⁴ Dialogische Bürgerbeteiligungsprozesse finden in Heidelberg damit in einem grundsätzlich förderlichen Beteiligungsumfeld statt.

Die Auswahl der Fälle (abgeschlossene Beteiligungsprozesse) erfolgte im Dialog mit der Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung. Es handelt sich um drei Beteiligungsprozesse zu lokalen Infrastrukturmaßnahmen, die in der Regel mit Interessengegensätzen einhergehen (Verlegung Bushaltestelle ‚Bahnhof Nord‘, ‚Entwicklung Parkraummanagement Handschuhsheim‘, ‚Rahmenplanung Konversion Hospital‘). Allerdings variieren die Fälle in ihrem Gestaltungsspielraum und in ihrer Konflikthaftigkeit.⁵

Zur Darstellung der Prozessabläufe wurden entsprechende Dokumente auf der Internetseite der Heidelberger Vorhabenliste sowie Ratsdokumente ausgewertet. Darüber hinaus wurden die Moderator*innen der Prozesse interviewt, um die Informationen zu den Fällen anzureichern und die Fallauswahl abzusichern.

Die eigentlichen Analysen beruhen auf Fokusgruppeninterviews mit 31 Beteiligten aus der Politik (Gemeinde- und Bezirksbeirat*innen), Mitarbeiter*innen aus den betei-

lichten Ämtern der Heidelberger Stadtverwaltung sowie Bürger*innen, die an den Prozessen teilgenommen haben. Die Auswahl der Interviewpartner*innen erfolgte in Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung. Ziel war die Erfassung möglichst vielfältiger Ansichten und Erfahrungen in Bezug auf die Prozesse. Insgesamt fanden zu jedem der Prozesse drei leitfadengestützte Fokusgruppeninterviews statt (Schulz, Mack & Renn, 2012). Die Gruppen fungierten dabei als Korrektiv, um zu erkennen, welche Aspekte eher individuell und welche eher für die gesamte Gruppe bedeutsam waren. Die Fokusgruppeninterviews starteten mit einer kurzen Erinnerungsphase an die Prozesse unter Zuhilfenahme von Plakaten mit dem Prozessablauf (*Abbildungen 1-3*). Es folgten Fragen nach den Erwartungen zu Beginn, Beurteilungen nach Beendigung der Prozesse, nach Ereignissen während des Prozesses, die aus Sicht der Interviewpartner*innen Einfluss auf die abschließende Bewertung hatten, sowie Fragen zur abschließenden Zufriedenheit mit den Prozessen und ihren Ergebnissen. Die Interviews dauerten zwischen 40 Minuten und zwei Stunden.

Die Interviews wurden anonymisiert transkribiert und mit Hilfe von MAXQDA ausgewertet. Es erfolgte eine erste induktive Codierung mit einer im Folgenden umfassenderen Entwicklung des Codierrahmens. Zunächst wurde jedes Interview mehrfach gelesen, um relevante Segmente zu identifizieren. Diese Abschnitte wurden als Anfangscodes codiert. Anschließend wurden unter Hinzunahme der in der Literatur formulierten Erwartungen die verschiedenen Codes zu größeren, zusammenhängenden Erwartungen kombiniert. Abschließend wurden die Aussagen erneut nach positiven (Nutzen), negativen (Kosten) und neutralen Bewertungen (Indifferenz oder keine explizite Meinung) codiert.

Die folgenden Auswertungen erfolgen zur besseren Kontextualisierung getrennt nach Fällen. Wir konzentrieren uns auf die positiven und negativen Bewertungsaspekte, die von unseren Befragten in den Interviews am stärksten betont wurden.

4 Beteiligungsprozesse und ihre Bewertungen

4.1 Verlegung Bushaltestelle ‚Bahnhof Nord‘

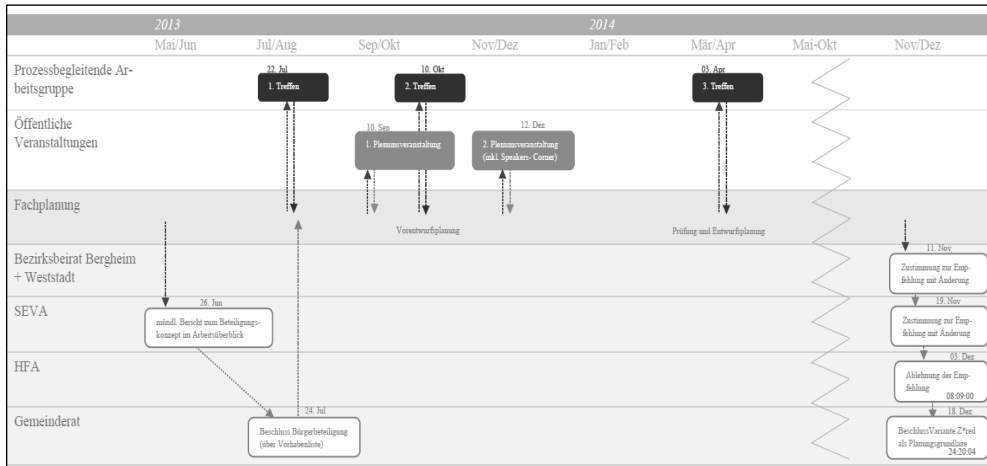
Der Prozess zur Verlegung der Bushaltestelle ‚Bahnhof Nord‘ war mit etwa vier Monaten (September bis Dezember 2013) der kürzeste der drei Prozesse und wurde von der Moderatorin als konfliktartig beschrieben. Initiiert wurde der Prozess, um ein breit getragenes Planungsergebnis zu erarbeiten. Im Dezember 2013 wurde eine abgewandelte Form des Beteiligungsergebnisses durch den Gemeinderat angenommen.

Der Prozess wurde durch ein professionelles Moderationsbüro gemeinsam mit dem zuständigen Amt für Verkehrsmanagement geplant. Allerdings stand der Prozess aufgrund einer Förderungs-Deadline unter Zeitdruck. Der Gestaltungsspielraum war gering, da die Planung bereits vorangeschritten war. Darüber hinaus war die Vertrauensbasis zwischen einzelnen Beteiligten aus der Verwaltung und der Bürgerschaft (Bürgerinitiative) auf Grund früherer Konflikte vorbelastet.

Während des Prozesses traf sich drei Mal eine ‚prozessbegleitende Arbeitsgruppe‘, um über verschiedene Planungsvarianten zu diskutieren. Bei den Beteiligten handelte es sich um bewusst ausgewählte Vertreter*innen verschiedener betroffener Interessen,

auch der Bürgerinitiative, die bereits eigene Planungsvorstellungen hatten. Die Diskussionsergebnisse sowie die Vorentwurfsplanung wurden ergänzend in zwei größeren Veranstaltungen einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt und diskutiert (Abbildung 1). Es nahmen jeweils etwa 60 Personen an den beiden öffentlichen Diskussionen teil.

Abbildung 1: Prozessarchitektur „Verlegung der Bushaltestelle Bahnhof Nord“



Quelle: Eigene Darstellung auf der Basis von städtischen Dokumenten.

Vor dem geschilderten Hintergrund blieben bereits bestehende Interessengegensätze zwischen einzelnen Beteiligten, v. a. der Bürgerinitiative und dem planenden Amt, im Laufe des Prozesses bestehen. Vor allem die Interviewpartner*innen aus der Bürgerinitiative bemängelten abschließend unzureichende Informationen und Mitsprache (Gehör und Einfluss). Sie stehen entsprechenden Beteiligungsverfahren allerdings grundsätzlich skeptisch gegenüber und bezweifeln deren Legitimität (G2: 27, 56, 130).

„Ich brauch keinen Moderator, der ... mich da hin moderiert, wo ich vielleicht gar nicht hin will. ... ich bin eigentlich ein Gegner von diesen Verfahrensweisen ...“ (G2: 163)

Einen Transparenzgewinn konstatierten jedoch auch sie abschließend:

„... bevor dieses Anhörungsverfahren ins Auge gefasst wurde, waren diese ganzen Entscheidungsprozesse oder dieses Gewurstel was da gelaufen ist, völlig intransparent. ... und jetzt kann man zumindest in dieser Phase sehen, dass ... man zumindest einigermaßen Transparenz hat.“ (G2: 72)

Umgekehrt wurde die geringe Kompromissbereitschaft der Bürgerinitiative von anderen Interviewpartner*innen aus der Bürgerschaft kritisiert. Die Versachlichung der Diskussion sei dadurch erschwert und nicht nur die Effektivität, sondern auch die Effizienz des Prozesses beeinträchtigt worden.

„Und dann kam diese berühmte dritte Veranstaltung, die leider Gottes etwas aus dem Ruder gelaufen ist. Das war, es lag denke ich an der Vertretung einer Gruppe, die es nicht akzeptieren wollte, dass man bei so einer Veranstaltung Regeln einhalten muss.“ (G2: 9)

Die Verwaltungsmitarbeiter*innen hatten zu Beginn mit Streitigkeiten und einem hohen zeitlichen und finanziellen Aufwand gerechnet. Abschließend sehen sie allerdings,

dass trotz kritischer Stimmen ein von vielen Beteiligten getragenes Ergebnis erarbeitet werden konnte.

„...wir konnten aus diesen drei Grobskizzen etwas gemeinsam erarbeiten und haben eine vierte Variante entworfen, wo nicht alles, aber vieles berücksichtigt werden konnte.“ (G1: 25)

Dennoch bestehen von Seiten der Verwaltung weiterhin Zweifel darüber, inwieweit mit Bürgerbeteiligung Widerstände in der Bürgerschaft aufgelöst werden können: Die früheren Konflikterfahrungen wurden nicht gemildert. Die gefühlten Kosten (personell und zeitlich) überwogen, was zum Großteil an der Dominanz der Bürgerinitiative während des Beteiligungsprozesses lag.

„Es war ein Mehraufwand und keinerlei Erleichterung. Keinerlei Erleichterung! Genau wie die Ziele, die wir ... aus anderen Projekten auch kennen, genau die haben wir auch hier nicht erreicht.“ (G1: 51)

„Die Berufsbürger haben dann doch 70% bis 80% der zusätzlichen Arbeit ... verursacht.“ (G1: 39)

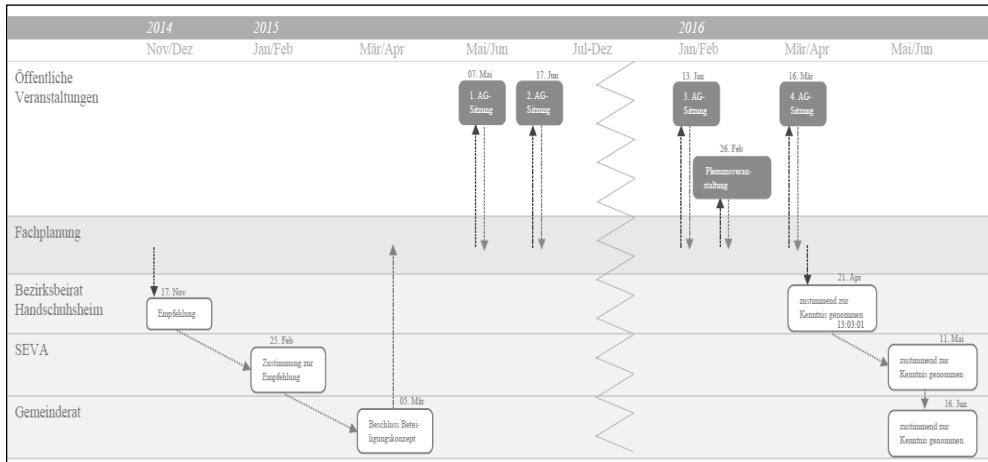
Auf Seiten der Politik bemängeln v. a. die Unterstützer*innen der Bürgerinitiative, dass nicht alle Argumente gehört worden seien (geringe Inklusion). Sie sehen dialogische Beteiligungsprozesse ebenfalls als ineffizient an (G3: 93, 94, 106) und präferieren Bürgerinitiativen und direktdemokratische Instrumente, um eine Kontrollfunktion gegenüber der Verwaltung auszuüben und die eigenen Sichtweisen besser im politischen Raum argumentativ durchsetzen zu können (G3: 16, 80).

4.2 Planung ‚Parkraummanagement im Stadtteil Handschuhsheim‘

Der Prozess zur Planung des ‚Parkraummanagements im Stadtteil Handschuhsheim‘ dauerte knapp ein Jahr (Mai 2015 bis März 2016). Der Prozess wurde mit dem Ziel initiiert, eine möglichst konsensuale Lösung für das Parkraummanagement im Stadtteil zu entwickeln. Der Gemeinderat nahm das abschließend von der Verwaltung vorgelegte Konzept im Juni 2016 zustimmend zur Kenntnis. Federführend war das Amt für Verkehrsplanung, das den Prozess zusammen mit der Moderation als teilweise konfliktthaltig beschrieb. Wie bei vielen Infrastruktur- und Verkehrsprojekten gab es unterschiedliche individuelle Betroffenheiten und entsprechend widersprüchliche Interessen unter den Beteiligten. Gleichzeitig war von Seiten der Verwaltung zu Beginn kaum reflektiert worden, wie mit den zu erwartenden Interessenkonflikten umgegangen werden sollte und welche konkreten Ergebnisse (z. B. Argumentationssammlung; Empfehlung für eine Lösung; Voten für unterschiedliche Lösungen) erarbeitet werden sollten.

Den Kern der Beteiligung bildete eine ‚projektbegleitende Arbeitsgruppe‘. Beteiligt waren bewusst ausgewählte Interessenvertreter*innen (z. B. Bezirksbeirat, Stadtteilverein, Gastronomie, Handel, Krankenhaus), sowie durch Los ermittelte Anwohner*innen. Ergänzt wurden die vier Treffen der Arbeitsgruppe durch eine breite öffentliche Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Konzeptentwurf, an der etwa 150 Bürger*innen teilnahmen (*Abbildung 2*). Die Planung und Durchführung des Beteiligungsprozesses lagen zunächst ausschließlich in den Händen des verantwortlichen Amtes. Eine professionelle, externe Moderation wurde erst zu einem späteren Zeitpunkt eingeschaltet.

Abbildung 2: Prozessarchitektur „Parkraumbewirtschaftung Handschuhsheim“



Quelle: Eigene Darstellung auf der Basis von städtischen Dokumenten.

Auf Seiten der Bürgerschaft wird der Prozess nachträglich als gut aufbereitet und informativ beschrieben (Aufklärung und Transparenz). Zudem hatten beteiligte Bürger*innen das Gefühl, dass gegensätzliche Interessen sowohl in der Arbeitsgruppe als auch in der öffentlichen Veranstaltung „gehört“ wurden (Gehör und Einfluss).

„Die Unterlagen und alles waren gut aufbereitet. Wir wurden über jeden Schritt informiert.“ (G5: 71)

Allerdings wurde der Prozess von Seiten der Bürger*innen auch als ineffizient beschrieben, da die Prozessplanung zunächst ohne professionelle Moderation erfolgte und unklar blieb, wie mit widersprüchlichen Interessen umgegangen werden sollte.

„... wir haben keine einheitliche Meinung ... Wir sehen es, auch die Bürgerversammlung hat Für und Wider gebracht. Es sind ungefähr 50% ja, 50% nein.“ (G5: 76)

„Bei der zweiten Sitzung waren wir eigentlich schon relativ weit ... Und dann wurden in der dritten und vierten Sitzung alles wieder kontrovers diskutiert.“ (G5: 24)

Die nach dem Beteiligungsprozess weiterhin bestehenden Interessengegensätze werden von Seiten der Verwaltung als Problem gesehen (Ineffektivität), da eigentlich eine konsensuale Lösung erwartet wurde. Gleichzeitig wird ein hoher zeitlicher Aufwand angemerkt (Ineffizienz).

„...dass einfach die Interessen so groß sind und so unterschiedliche Ansichten, ... dass man ... keine zufriedenstellenden Ergebnisse findet. Oder dass es dann halt auch viel Zeit ... in Anspruch nimmt für den ganzen Prozess ...“ (G4: 44)

Es wird erkannt, dass die unreflektierte Zielerwartung und die Prozessplanung zu Beginn zwei problematische Faktoren waren. Dennoch wird der Prozess abschließend als hilfreich angesehen, da die eigene Planung gegenüber der Politik und der Bürgerschaft besser gerechtfertigt werden konnte (Akzeptanz).

„... wir konnten keinen breiten Konsens finden, jedoch dient uns die Beteiligung als Rechtfertigungsgrundlage gegenüber Politik und Bürgerschaft“ (G4: 134, 153, 236, 240)

Die Vertreter*innen der Politik nehmen trotz der Widersprüchlichkeit der Interessen den Beteiligungsprozess als Bereicherung wahr. Zum einen bezieht sich dies auf die breite Information der Bürgerschaft (Aufklärung und Transparenz), zum anderen auf die eigene Entscheidung im Gemeinderat, die aufgrund des Beteiligungsprozesses und der umfassenden Einbeziehung bürgerschaftlicher Interessen als fundierter empfunden wird (Inklusion und Akzeptanz).

„Viele waren nicht informiert, haben überhaupt nicht verstanden, worum es eigentlich geht. Da hat man es dann halt erklärt und dann war’s eigentlich ok.“ (G6: 41)

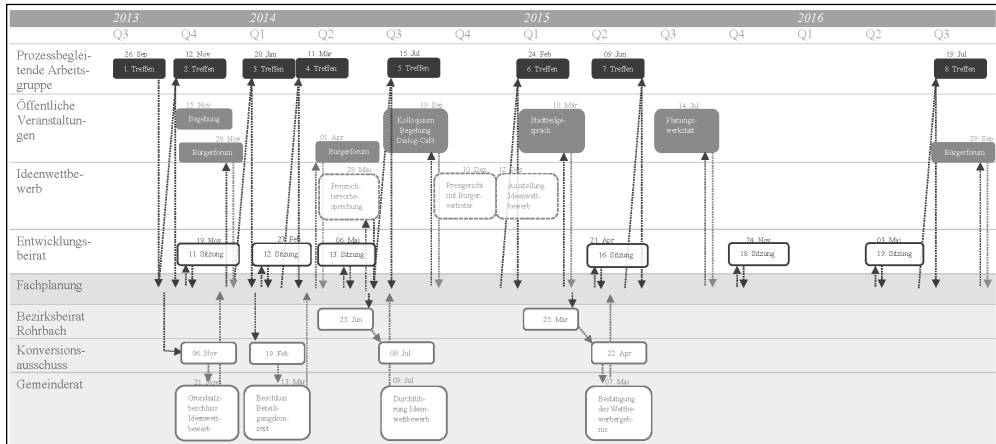
„Ich habe dann die letztliche Entscheidung im Gemeinderat wesentlich einfacher treffen können auf dieser Grundlage. Und wir haben das lokale Wissen abgefragt und das ist ja das, wo es drauf ankommt ...“ (G6: 205)

4.3 Rahmenplan für die Konversionsfläche ‚Hospital‘

Die Beteiligung zur Entwicklung des Rahmenplans für die Bebauung der Konversionsfläche ‚Hospital‘ war mit knapp drei Jahren das längste Beteiligungsprojekt (November 2013 bis September 2016; *Abbildung 3*) in unserer Studie. Die Konflikthaftigkeit wurde von der Moderation als gering bezeichnet, da die beteiligten Akteure bereits gut durch das Stadtteilmanagement vernetzt waren. Es gab keinen expliziten Zeitdruck. Auf Grund des frühen Planungsstadiums war der Gestaltungsspielraum hoch und es gab noch keine konkreten Interessenkonflikte innerhalb der Bürgerschaft. Gleichzeitig hatten verschiedene Ämter in der Stadtverwaltung bereits Vorerfahrungen im Umgang mit Bürgerbeteiligung aus anderen Konversionsprozessen.

In der primären Verantwortung des Stadtplanungsamtes wurde der Prozess von einem externen Moderationsbüro und einem festen Kreis von Bürger*innen in Form einer ‚prozessbegleitenden Arbeitsgruppe‘ begleitet. Die Auswahl der Teilnehmenden erfolgte bewusst nach einer ausführlichen Vorabreflexion über die zu involvierenden relevanten Interessen. Ergänzt wurden die Treffen durch breite Öffentlichkeitsveranstaltungen und die Nutzung verschiedener Beteiligungsformate (z. B. Stadtteilspaziergänge, Foren mit Thementischen, Planungswerkstätten, Beteiligungsformate für Jugendliche, Beteiligung von Bürger*innen am städtebaulichen Wettbewerb; *Abbildung 3*). Bei den größeren Formaten waren bis zu 150 Bürger*innen anwesend. Vertreter*innen der Politik konnten an den Veranstaltungen ebenfalls teilnehmen.

Abbildung 3: Prozessarchitektur „Konversionsfläche Hospital“



Quelle: Eigene Darstellung auf der Basis von städtischen Dokumenten.

Unter den befragten Bürger*innen werden nach diesem Prozess, trotz anfänglicher Ängste hinsichtlich des zu erwartenden zeitlichen Aufwands (G8: 23,25), v. a. die Entwicklung von Selbstvertrauen und ein großer Wissenszuwachs genannt (Transparenz und Aufklärung). Außerdem wird konstatiert, dass die Interessen aus dem Stadtteil gehört wurden (Gehör und Einfluss) und sich Vertrauen in den Prozess entwickelt hat.

„Für mich war es ein Mehrwert an Wissen, überhaupt in diesen ganzen Prozess eintauchen zu dürfen.“ (G8: 104)

„Man muss sich mit Themen auseinandersetzen ... das hat man bisher in seinem Leben nicht gewusst, weil man solche Probleme nicht gehabt hat.“ (G8: 25)

„... das meiste, was wir hier so eingebracht haben, ist gehört worden. In den Plänen spiegelt sich das wider.“ (G8: 56)

„... in Bezug auf die Bürgerbeteiligung ist mein Vertrauen eher gewachsen.“ (G8: 64)

Dieses Vertrauen ist allerdings fragil. So entwickelte sich auch in diesem Prozess ein gewisses Misstrauen im Zusammenhang mit Kommunikationsdefiziten während des langen Zeitraums, wegen zuvor nicht geklärter Regeln zur Mitbestimmung im Rahmen des Architekturwettbewerbs und der Unklarheit über zukünftige Investoreninteressen. Alle drei Faktoren weckten Unbehagen hinsichtlich des Umgangs mit den Ergebnissen durch die Verwaltung (fragwürdiger Einfluss) trotz der vertrauensvollen Ausgangssituation (G8: 23, 27, 38, 86).

„... zwischendrin gab es ... mal ein Bruch, wo auch gewisses Misstrauen aufkam.... das zieht sich bis heute durch.“ (G7: 26)

„Es war ziemlich genau ein Jahr, dass es verschoben worden ist ohne jede Kommunikation.... Die Stadt hat eigene Interessen. Diese Interessen werden nicht immer kommuniziert.“ (G8: 59)

„Und die Gefahr ist eben immer noch, ... dann gibt es ein Bebauungsplan und da gibt es ein offizielles Verfahren dazu, danach kommen die Investoren.“ (G8: 40)

Auf Seiten der Verwaltung werden die Ideen und Anregungen wertgeschätzt (Effektivität), verbunden mit dem Gefühl, durch das Aufnehmen der Ideen die Bürgerschaft von den Planungen überzeugt zu haben (Akzeptanz).

„Die Anregungen aus der Bürgerschaft waren wirklich wertvoll, qualitativ. Die konnten wir zum Teil aufgreifen und umsetzen die befruchten ... den Prozess ... und das Vertrauen“ (G7: 97)

Die Zustimmung des Gemeinderates zu den Planungsvorlagen wird ebenfalls auf die Beteiligungsprozesse zurückgeführt, wenngleich der Aufwand dezidiert als ‚Kostenfaktor‘ gesehen wird (Effizienz).

„...dass es dann ... wirklich auch mitgetragen wurde von der Politik. ... ich glaub die Bindungskraft für die Gemeinderäte, die empfinden es auch schon stärker als es ohne gewesen wäre.“ (G7: 150)

„...das ist immer ... Aufwand, weil man dann Phasen hat, wo man dreimal die Woche irgendwo mit Bürgern oder einem Steuerungskreis oder sonst was Abendtermine hat.“ (G7: 51)

Von der Politik wurde der Prozess besonders auf Grund der Inklusion verschiedener Interessen (Inklusion) und der Stärkung der eigenen Entscheidungskompetenz positiv bewertet.

„Die konnten ihre Wünsche artikulieren. ... da war die Chance zu sagen, wir haben unterschiedliche Wünsche sozusagen.“ (G9:208)

„Ich erlebe die Masse auf einmal. ... die Masse hat mir noch mal gesagt, dass wir es alle wollen.“ (G9: 68)

5 Zusammenfassung und Diskussion

Wir haben argumentiert, dass dialogorientierte Beteiligungsprozesse langfristig nur umgesetzt werden, wenn alle betroffenen Akteur*innen in ihnen einen Mehrwert sehen. Die Fokusgruppeninterviews haben gezeigt, dass sich unsere Annahmen bestätigen (*Tabelle 2*): Je nach Akteursgruppe werden unterschiedliche ‚Nutzen-‘, aber auch ‚Kostenaspekte‘ besonders hervorgehoben.

Auf Seiten der befragten Bürger*innen werden die Beteiligungsprozesse z. T. als anstrengend und ineffizient wahrgenommen (ähnlich Jacquet, 2017). Letzteres resultiert u. a. aus nicht-zieladäquaten Prozessplanungen oder der Dominanz ‚lauter‘ Interessen. Positiv erleben sie jedoch, wie erwartet, den Zuwachs von Wissen und das Kennenlernen von anderen Argumenten (Aufklärung und Transparenz). Ebenfalls als ‚Gewinn‘ gesehen wird häufig, dass die eigene Meinung gehört und von der Verwaltung ernst genommen wird (Gehör und Einfluss). Dass sich das eigene Interesse am Ende durchsetzt, wird von vielen Bürger*innen dabei nicht explizit erwartet (ähnlich Goldberg & Bächtiger, 2022). Dennoch besteht häufig Unsicherheit darüber, was mit den Ergebnissen abschließend geschieht (geringe Effektivität; ähnlich Fung, 2015). Diese Unsicherheit wird durch Intransparenz verstärkt, z. B. wenn es durch verwaltungsinterne Planungs- und Abstimmungsprozesse zu Kommunikationslücken kommt, oder wenn Interessen wichtiger Akteur*innen (z. B. Investor*innen) in den Prozessen nicht thematisiert werden.

Auf Seiten der Verwaltung ist der Kostenaspekt deutlich als zusätzlicher zeitlicher und personeller Aufwand erkennbar (Ineffizienz). Dieser Aufwand wird von den Verwaltungsmitarbeiter*innen jedoch weniger stark betont, wenn sie einen konkreten Nutzen in Form von umsetzbaren Anregungen (Effektivität) oder gefühltem Vertrauen sehen, das mit einer höheren Akzeptanz der Planungen in Verbindung gebracht wird (ähnlich Hildebrand, Rau & Ries, 2018). Ein entsprechender Nutzen wird allerdings nicht in jedem Prozess wahrgenommen. Hemmend wirken sich unrealistische Zielerwartungen aus, wenn beispielsweise ein breiter Konsens erhofft wird, der auf Grund von Interessengegensätzen aber nicht realisiert werden kann, oder wenn dominante Akteur*innen („laute Interessen“) einen Interessenaustausch erschweren. Allerdings wird Beteiligung häufig mit einer besseren Rechtfertigungsgrundlage sowohl gegenüber der Bürgerschaft als auch der Politik in Verbindung gebracht, die die Planungsvorlagen dann eher zu akzeptieren scheinen.

Vertreter*innen der Politik nehmen positiv wahr, dass mehr Interessen und Anregungen aus der Bürgerschaft in die Planungen eingeflossen sind (Inklusion, Effektivität) und – soweit sie selbst anwesend sein konnten – auch die eigenen Entscheidungen besser gerechtfertigt werden können. Zudem heben sie den Aspekt der Transparenz und Aufklärung durch Bürgerbeteiligung hervor. Bürgerbeteiligungsprozesse implizieren eine ergänzende Kontrolle gegenüber der Verwaltung, u. a. durch mehr Transparenz der Verwaltungsarbeit und die Tatsache, dass die Verwaltung die Planungen gegenüber der Öffentlichkeit rechtfertigen muss. Dies trägt letztlich zu einer größeren Sicherheit beim Treffen eigener Entscheidungen bei (siehe auch Fink & Ruffing, 2015, S. 257). Negative Wahrnehmungen von Seiten der Politik werden kaum genannt, was mitunter ein Effekt sozialer Erwünschtheit sein könnte.

Tabelle 2: Wahrgenommene Nutzen- und Kostenfaktoren dialogischer Bürgerbeteiligung aus Sicht der Bürgerschaft, der Verwaltung und der Politik

	Nutzenwahrnehmungen	Kostenwahrnehmungen
Bürgerschaft	<ul style="list-style-type: none"> • Zuwachs an Wissen und Verständnis (Aufklärung und Transparenz) • Gefühl, mit den eigenen Interessen Gehör zu finden (Gehör) • Aufbau von Vertrauen in Prozesse (Akzeptanz) 	<ul style="list-style-type: none"> • Misstrauen bezüglich des Umgangs mit den Ergebnissen und dem tatsächlichen Einfluss durch die Beteiligung (geringer direkter Einfluss und geringe Effektivität)
Verwaltung	<ul style="list-style-type: none"> • Zuwachs an Steuerungswissen, Planungssicherheit (Effektivität) • Gefühl der Akzeptanz eigener Planungen (Akzeptanz) • Unterstützung der Planungen durch die Politik (Effizienz) 	<ul style="list-style-type: none"> • Hoher Aufwand in Form von Zeit- und Personalkosten (Ineffizienz) • Nichterreichen konsensualer Zielvorstellungen (geringe Effektivität)
Politik	<ul style="list-style-type: none"> • Zuwachs an Entscheidungssicherheit durch mehr Wissen über Interessen und breitere Inklusion (Inklusion und Akzeptanz) • Zusätzliche Kontrollwahrnehmung gegenüber Verwaltungshandeln durch mehr Transparenz (Effektivität) 	

Quelle: Eigene Darstellung.

Unsere Ergebnisse zeigen, dass sich die in der Literatur genannten kurzfristigen positiven Erwartungen unterschiedlicher Akteursgruppen an dialogische Beteiligungsprozesse in der Realität wiederfinden. Allerdings stehen den Nutzenwahrnehmungen auch negative Bewertungen (Kosten) gegenüber (ähnlich Curato, Vrydagh & Bächtiger, 2020). Außerdem haben unsere drei Fälle gezeigt, dass die Bewertungen der Prozesse und ihrer Ergebnisse von verschiedenen Kontext- und Prozessfaktoren beeinflusst werden können. Wenn dialogische Beteiligung zukünftig nicht nur symbolisch eingesetzt (Fink & Ruffing, 2015, S. 256), sondern als wirkungsvolles Instrument zur Stärkung politisch-administrativer Entscheidungsprozesse genutzt werden soll, gilt es die in diesem Beitrag und in der Forschungsliteratur thematisierten Bewertungsdimensionen durch unterschiedliche Akteursgruppen vorab zu reflektieren. Wir bezeichnen dies als ‚multi-perspektivisches Erwartungsmanagement‘, das die zu erwartenden Nutzen- und Kostenaspekte für unterschiedliche Akteursgruppen kontextbezogen antizipiert und in eine sorgfältige Planung der Prozesse einfließen lässt. Dies stellt gleichzeitig eine Chance für dialogische Beteiligung dar, da die Prozesse auf Grund ihrer Flexibilität und ihrer vielfältigen Ausgestaltungsmöglichkeiten an verschiedene Kontexte angepasst werden können.

Auf Prozessebene hat sich gezeigt, dass unter anderem die Frühzeitigkeit eines Beteiligungsprozesses mit positiven Bewertungen einhergeht. Der Gestaltungsspielraum ist dann noch groß. Und Positionen zu einzelnen Fragen sind tendenziell noch nicht verhärtet. Einen positiven Einfluss scheinen auch eine professionelle Prozessplanung und -begleitung durch externe Moderator*innen und eine realistische Zielsetzung im jeweiligen Problemkontext zu haben (z. B. keine Konsenserwartung bei starken Interessengegensätzen). Gerade bei starken Interessengegensätzen könnte beispielsweise stärker über eine Zufallsauswahl nicht direkt Betroffener nachgedacht werden (DBG BW), gegebenenfalls in Kombination mit Stakeholdern (z. B. Curato et al., 2021). Im Hinblick auf die Formate bietet sich eine Kombination unterschiedlicher Prozessbausteine an, u. a. um dem Problem der sozialen Selektivität der Beteiligung entgegenzuwirken (Schäfer & Schoen, 2013). So können beispielsweise beteiligungsferne Gruppen durch spezielle aufsuchende Formate erreicht werden (Allianz Vielfältige Demokratie & Bertelsmann Stiftung, 2017). Negative Bewertungen auf Seiten der Bürgerschaft entstehen v. a. durch Unklarheiten im Hinblick auf den Umgang mit den Ergebnissen. Hier könnte von Fall zu Fall über die Koppelung von dialogischen Bürgerbeteiligungsprozessen mit folgenden Ratsentscheiden nachgedacht werden, die die Entscheidungskompetenzen abschließend in die Hände der Bürgerschaft legen (Fung, 2015; Brettschneider, 2021). Darüber hinaus müssen Transparenz und Information über wesentliche Prozessschritte hinweg kontinuierlich gewährleistet sein.

Auf kontextueller Ebene können eine hohe Konflikthaftigkeit, einhergehend mit geringem Vertrauen, starken Interessenkonflikten sowie eine geringe Kompromissbereitschaft unter den Beteiligten die Bewertung der Prozesse und ihrer Ergebnisse deutlich schmälern (Ansell & Gash, 2008). In diesem Zusammenhang spezifizieren bestehende Forschungsarbeiten dennoch Kontexte, in denen dialogorientierte Beteiligung sinnvoll erscheint. Dazu gehören beispielsweise technisch komplexe Fragen mit langfristigen Auswirkungen (z. B. Klimawandel) oder Themen, bei denen repräsentativ gewählte Vertreter*innen ein starkes Eigeninteresse an der Erhaltung des Status quo haben. Dazu gehören aber auch Themen, zu denen sich innerhalb der Bürgerschaft noch keine Meinungen verfestigt haben (Bächtiger & Goldberg, 2020). Dies dürfte v.

a. in Frühphasen von Infrastrukturprojekten der Fall sein, unabhängig von der politischen Ebene, auf der sie geplant werden.

6 Schlussfolgerungen

Dialogische Beteiligungsprozesse sind als informelle Verfahren bereits an verschiedenen Stellen rechtlich verankert und kommen darüber hinaus häufig „freiwillig“ zum Einsatz. Dennoch ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, dass sie nur um ihrer selbst willen eingesetzt werden und/oder unrealistische Erwartungen an sie geknüpft werden (Fink & Ruffing, 2015, S. 268). Auf Dauer könnte dies mit einer „Beteiligungsfrustration“ auf Seiten aller potenziell Beteiligten einhergehen und die Nutzung der Verfahren in Frage stellen (Bauer, 2015). Wichtig ist daher ein „multi-perspektivisches Erwartungsmanagement“, bei dem vorab realistisch zu erwartende „Nutzen-“ und „Kostenwahrnehmungen“ der Beteiligung in unterschiedlichen Akteursgruppen und in unterschiedlichen Problemkontexten antizipiert und diese Erwartungen in die Planung der Prozesse einbezogen werden. Die Zielsetzungen müssen dabei für unterschiedliche Gruppen von Beteiligten definiert werden.

Unsere drei Fälle haben gezeigt, dass sich die Beteiligungskontexte selbst innerhalb ein und derselben Kommune stark unterscheiden können. Beteiligungsverfahren müssen deshalb von Fall zu Fall neu gedacht, geplant und gestaltet werden. Um die Verfahren zukunftsfähig zu machen, erscheint es wichtig, hierfür Beteiligungswissen in den Verwaltungen systematisch aufzubauen. Wissensaufbau ist aber auch auf Seiten der Politik wichtig, die über den Einsatz der Verfahren entscheidet (Fink & Ruffing, 2015; Vetter, 2017). Sollten direkt-demokratische Entscheidungen zukünftig vermehrt zum Einsatz kommen, werden Politiker*innen auch über deren mögliche Verknüpfung mit dialogischen Beteiligungsverfahren entscheiden müssen. Dies erfordert Wissen darüber und Verständnis dafür, wie diese beiden Verfahren zusammenwirken. Unsere Beispiele haben auch verdeutlicht, dass Erfahrungen mit der Planung und Durchführung dialogischer Beteiligungsprozesse auf der lokalen Ebene bereits verbreitet sind – vermutlich stärker als auf anderen Systemebenen. Ein stärkerer Erfahrungsaustausch zwischen Beteiligungsverantwortlichen auf verschiedenen Systemebenen scheint daher sinnvoll, um das Beteiligungswissen auch auf supra-lokalen Ebenen zu stärken, zumal das Wissen über dialogische Beteiligungsprozesse, ihre Wirkungen und die entsprechenden Wirkungsmechanismen bislang noch gering ist (Rummens, 2016; Vetter, 2017; Fink & Ruffing, 2015). Darüber hinaus ist die Forschung weiter gefordert. Unser Beitrag basiert auf drei Fallbeispielen. Damit sind Generalisierungen kaum möglich. Die Ergebnisse zeigen jedoch, dass einfache Generalisierungen auch nicht möglich sind, da sich variierende Kontexte und Verfahrensdiseins auf die Bewertungen auswirken und dieses Zusammenspiel zukünftig anhand weiterer Fallanalysen noch stärker in den Blick genommen werden muss. Außerdem sollte mehr zu den Langzeitwirkungen der Verfahren geforscht werden, um ihre Potenziale noch besser beurteilen und ausschöpfen zu können.

Danksagung

Dieser Beitrag entstand im Rahmen des Forschungsprojektes ‚Kosten- und Nutzenwahrnehmungen informeller Bürgerbeteiligungsverfahren in Politik, Bürgerschaft und Verwaltung und deren Veränderungen durch die jeweiligen Prozesse‘. Wir danken den beiden anonymen Reviewer*innen für ihre Anregungen, der Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung sowie unseren Interviewpartner*innen aus der Stadt Heidelberg, sowie der Fritz Thyssen-Stiftung für die finanzielle Unterstützung des Projektes.

Anmerkungen

- 1 In der juristischen Literatur werden Dialoge mit der Bürgerschaft unter dem Begriff der „Öffentlichkeitsbeteiligung“ behandelt. Die Verwaltungswissenschaft spricht von Konzepten wie „Co-Production“ (Löffler, 2021), „Collaborative Governance“ (Ansell & Gash, 2008). Die Politikwissenschaft fasst darunter „Democratic Innovations“ (Smith, 2009) oder deliberative Beteiligungsverfahren wie „Mini-Publics“ (Setälä & Smith, 2018). Auch wenn es sich um ähnliche Konzepte handelt, unterscheiden sie sich beispielsweise hinsichtlich der Zielsetzung, den Formaten oder der Reichweite.
- 2 Im Sinne David Eastons (1965) verstehen wir unter Legitimität dauerhafte, diffuse Einstellungen gegenüber politischen Akteur*innen und Strukturen. Bezogen auf die Folgen einzelner dialogischer Beteiligungsprozesse sind entsprechende Veränderungen der Input- oder Output-Legitimität nicht zu erwarten. Daher argumentieren wir im Weiteren mit der Akzeptanz oder Ablehnung einzelner Prozesse oder Ergebnisse.
- 3 Ähnlich die Austauschtheorie (Fischer & Wiswede, 2009, S. 473 ff.).
- 4 <https://www.heidelberg.de/hd/HD/Rathaus/Leitlinien+Buergerbeteiligung.html>
- 5 Die Bewertung der Konflikthaftigkeit erfolgte durch Einschätzungen der Mitarbeiter*innen der Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung und der Moderator*innen.

Literatur

- Allianz Vielfältige Demokratie & Bertelsmann Stiftung (2017). *Wegweiser breite Bürgerbeteiligung. Argumente, Methoden, Praxisbeispiele*. Gütersloh. Verfügbar unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/V.ielfaeltige_Demokratie_gestalten/Wegweiser_breite_Beteiligung_FINAL.pdf.
- Ansell, Christopher & Gash, Alison (2008). Collaborative Governance in Theory and Practice. *Journal of Public Administration Research and Theory*, 18 (4), 543-571. doi: org/10.1093/jopart/mum032.
- Bächtiger, André & Goldberg, Saskia (2020). Towards a More Robust, but Limited and Contingent Defence of the Political Uses of Deliberative Minipublics. *Journal of Deliberative Democracy*, 16 (2), 33-42. doi: org/10.16997/jdd.390.
- Barber, Benjamin R. (1994). *Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen*. Hamburg: Rotbuch-Verlag.
- Bauer, Christian (2015). Stiftung von Legitimation oder Partizipationsverflechtungsfälle. Welche Folgen hat die Öffentlichkeitsbeteiligung beim Stromnetzausbau?, *dms – der moderne staat*, 8 (2), 273-293. doi: org/10.3224/dms.v8i1.21191.
- Bedock, Camille & Pilet, Jean-Benoît (2020). Enraged, Engaged, or Both? A Study of the Determinants of Support for Consultative vs. Binding Mini-Publics. *Representation*. Online First. doi: org/10.1080/00344893.2020.1778511.
- Bogumil, Jörg (2001). *Neue Formen der Bürgerbeteiligung an kommunalen Entscheidungsprozessen – Kooperative Demokratie auf dem Vormarsch!?* Verfügbar unter: <https://www.econbiz.de/Record/neue-formen-der-b%C3%BCrgerbeteiligung-an-kommunalen-entscheidungsprozessen-kooperative-demokratie-auf-dem-vormarsch-bogumil-j%C3%B6rg/10005845071>.

- Boulianne, Shelly (2019). Building faith in democracy: deliberative events, political trust and efficacy. *Political Studies*, 67 (1), 4-30. doi: org/10.1177%2F0032321718761466.
- Brettschneider, Frank (2021). Dialog-orientierte Bürgerbeteiligung und Bürgerentscheide. In Jörg Sommer (Hrsg.), *Kursbuch Bürgerbeteiligung 4* (S. 50-68). Berlin: Republik Verlag.
- Brettschneider, Frank (Hrsg.) (2020). *Bau- und Infrastrukturprojekte. Dialogorientierte Kommunikation als Erfolgsfaktor*. Wiesbaden: Springer VS. doi: org/10.1007/978-3-658-28235-6.
- Christensen, Henrik S. (2020). How citizens evaluate participatory processes: a conjoint analysis. *European Political Science Review*, 12 (2), 239-253. doi: 10.1017/S1755773920000107.
- Curato, Nicole, Farrell, David M., Geissel, Brigitte, Grönlund, Kimmo, Mockler, Patricia, Pilet, Jean-Benoit, et al. (2021). *Deliberative Mini-Publics: Core Design Features*. Bristol: Bristol University Press.
- Curato, Nicole, Vrydagh, Julien & Bächtiger, André (2020). Democracy without Shortcuts: Introduction to the Special Issue. *Journal of Deliberative Democracy*, 16 (2), 1-9. doi: org/10.16997/jdd.413.
- Dalton, Russell J. & Welzel, Christian (2014). *The Civic Culture Transformed: From Allegiant to Assertive Citizens*. New York: Cambridge University Press.
- Dryzek, John S., Bächtiger, André, Chambers, Simone et al. (2019). The crisis of democracy and the science of deliberation. Citizens can avoid polarization and make sound decisions. *Science*, 363 (6432), 1144-1146. doi: org/10.1126/science.aaw2694.
- Easton, David (1965). *A systems analysis of political life*. New York u.a.: Wiley.
- Fink, Simon & Ruffing, Eva (2015). Legitimation durch Verwaltungsverfahren? Was sich die Politik von Konsultationen beim Stromnetzausbau verspricht. *dms – der moderne staat*, 8 (2), 253-271. doi: org/10.3224/dms.v8i1.21190.
- Fink, Simon & Ruffing, Eva (2019). Legitimation durch Koppelung legitimatorischer Arenen. In Alexander Thiele (Hrsg.), *Legitimität in unsicheren Zeiten: der demokratische Verfassungsstaat in der Krise* (S. 195-221). Tübingen: Mohr Siebeck.
- Fischer, Lorenz & Wiswede, Günter (2009). *Grundlagen der Sozialpsychologie*. München: Oldenbourg.
- Fishkin, James S. (2009). *When the people speak: Deliberative democracy and public consultation*. Oxford: Oxford University Press.
- Font, Joan, Smith, Graham, Galais, Carol & Alarcon, Pau (2017). Cherry-picking participation: Explaining the fate of proposals from participatory processes. *European Journal of Political Research*, 57 (3), 615-636. doi: org/10.1111/1475-6765.12248.
- Fournier, Patrick, Van der Kolk, Henk, Carty, R. Kenneth, Blais, André & Rose, Jonathan (2011). *When citizens decide. Lessons from citizen assemblies on electoral reform*. Oxford: Oxford University Press.
- Fung, Archon (2015). Putting the Public Back into Governance: The Challenges of Citizen Participation and Its Future. *Public Administration Review*, 75 (4), 513-522. doi: org/10.1111/puar.12361.
- Gastil, John, Knobloch, Katherine R., Reedy, Justin, Henkels, Mark, & Cramers, Katherine (2018). Assessing the Electoral Impact of the 2010 Oregon Citizens' Initiative Review. *American Politics Research*, 46 (3), 534-563. doi: 10.1177/1532673X17715620.
- Geissel, Brigitte (2013). Introduction: On the Evaluation of Participatory Innovations – A Preliminary Framework. In Brigitte Geissel & Marko Joas (Eds.), *Participatory Democratic Innovations in Europe. Improving the Quality of Democracy?* (pp. 8-31). Opladen: Barbara Budrich.
- Goldberg, Saskia & Bächtiger, André (2022). Catching the 'Deliberative Wave'? How (Disaffected) Citizens Assess Deliberative Citizen Forums. *British Journal of Political Science*. Online First. doi: 10.1017/S0007123422000059.
- Goodin, Robert E. & Dryzek, John S. (2006). Deliberative Impacts: The Macro-Political Uptake of Mini-Publics. *Politics & Society*, 34 (2), 219-244. doi: org/10.1177/0032329206288152.
- Grönlund, K., Setälä, M., & Herne, K. (2010). Deliberation and civic virtue: lessons from a citizen deliberation experiment. *European Political Science Review*, 2(1), 95-117. <https://doi.org/10.1017/S1755773909990245>.

- Hendriks, Carolyn M. & Lees-Marshment, Jennifer (2019). Political Leaders and Public Engagement: The Hidden World of Informal Elite-Citizen Interaction. *Political Studies*, 67 (3), 597-617. doi: 10.1177/0032321718791370.
- Hildebrand, Jan, Rau, Irina & Schweizer-Ries, Petra (2018). Akzeptanz und Beteiligung – ein ungleiches Paar. In Lars Holstenkamp & Jörg Radtke (Hrsg.), *Handbuch Energiewende und Partizipation* (S. 195-209). Wiesbaden: Springer VS.
- Holtkamp, Lars, Bogumil, Jörg & Kißler, Leo (2006). *Kooperative Demokratie. Das politische Potenzial von Bürgerengagement*. Frankfurt am Main: Campus.
- Jacquet, Vincent (2019). The Role and the Future of Deliberative Mini-Publics: A Citizen Perspective. *Political Studies*, 67 (3), 639-657. doi: 10.1177/0032321718794358.
- Jacquet, Vincent (2017). Explaining non-participation in deliberative mini-publics. *European Journal of Political Research*, 56 (3), 640-659. doi: 10.1111/1475-6765.12195.
- Jacquet, Vincent, Niessen, Christoph, & Reuchamps, Min (2020). Sortition, its advocates and its critics: An empirical analysis of citizens' and MPs' support for random selection as a democratic reform proposal. *International Political Science Review*. Online First. doi: 10.1177/0192512120949958.
- Jacquet, Vincent & van der Does, Ramon (2021). Deliberation and Policy-Making: Three Ways to Think About Minipublics' Consequences. *Administration & Society*, 53 (3), 468-487. doi: 10.1177/0095399720964511.
- Kersting, Norbert & Schneider, Sebastian H. (2016). Neue Machtansprüche in der Kommunalpolitik. Die Einstellungen von Ratsmitgliedern zu Bürgerbeteiligung. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 10 (3-4), 311-339. doi: 10.1007/s12286-016-0308-7.
- Knobloch, Katherine R. & Gastil, John (2015). Civic (Re)socialisation: The Educative Effects of Deliberative Participation. *Politics*, 35 (2), 183-200. doi: 10.1111/1467-9256.12069.
- Kriesi, Hanspeter (1991). Direkte Demokratie in der Schweiz. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B23, 44-54.
- Kunz, Volker (2004). *Rational Choice*. Frankfurt am Main: Campus.
- Lazer, David M, Sokhey, Anand E., Neblo, Michael A., Esterling, Kevin M. & Kennedy, Ryan (2015). Expanding the Conversation: Multiplier Effects From a Deliberative Field Experiment. *Political Communication*, 32 (4), 552-573. doi: 10.1080/10584609.2015.1017032.
- Löffler, Elke (2021). *Co-production of public services and outcomes*. Cham: Palgrave Macmillan.
- Macq, Hadrien & Jacquet, Vincent (2021). Institutionalising participatory and deliberative procedures: The origins of the first permanent citizens' assembly. *European Journal of Political Research*. Online First. doi: 10.1111/1475-6765.12499.
- Mansbridge, Jane (1999). On the Idea That Participation Makes Better Citizens. In Stephen L. Elkin & Karol E. Soltan (Eds.), *Citizen, Competence, and Democratic Institutions* (pp. 291-325). University Park, PA: Pennsylvania State University.
- Mansbridge, Jane, Bohman, James, Chambers, Simone, Christiano, Thomas, Fung, Archon, Parkinson, John, Thompson, Dennis F. & Warren, Mark E. (2012). A systemic approach to deliberative democracy. In John Parkinson & Jane Mansbridge (Eds.), *Deliberative Systems* (pp. 1-26). Cambridge: Cambridge University Press.
- Michels, Ank (2011). Innovations in democratic governance: how does citizen participation contribute to a better democracy? *International Review of Administrative Sciences*, 77 (2), 275-293. doi: 10.1177%2F0020852311399851.
- Michels, Ank & De Graaf, Laurens (2010). Examining Citizen Participation: Local Participatory Policy Making and Democracy. *Local Government Studies*, 36 (4), 477-491. doi: 10.1080/03003930.2010.494101.
- Newig, Jens, Jager, Nicolas & Chaillies, Edward (2012). Führt Bürgerbeteiligung in umweltpolitischen Entscheidungsprozessen zu mehr Effektivität und Legitimität? Erste Ergebnisse einer Metaanalyse von 71 wasserpolitischen Fallstudien. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 22 (4), 527-564. doi: 10.5771/1430-6387-2012-4-527.
- Niemeyer, S. (2011). The Emancipatory Effect of Deliberation: Empirical Lessons from Mini-Publics. *Politics & Society*, 39(1), 103-140. <https://doi.org/10.1177/0032329210395000>.

- Niessen, Christoph (2019). When citizen deliberation enters real politics: how politicians and stakeholders envision the place of a deliberative mini-public in political decision-making. *Policy Sciences*, 52 (3), 481-503. doi: 10.1007/s11077-018-09346-8.
- OECD (2020). *Innovative Citizen Participation and New Democratic Institutions: Catching the Deliberative Wave*. Paris: OECD Publishing. doi: 10.1787/339306da-en.
- Papadopoulos, Yannis (2004). Governance und Demokratie. In Arthur Benz (Hrsg.), *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung* (S. 215-238). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pateman, Carole (1970). *Participation and democratic theory*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Pogrebinschi, Thamy (2015). Mehr Partizipation – ein Heilmittel gegen die „Krise der Demokratie“? In Wolfgang Merkel (Hrsg.), *Demokratie in der Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie* (S. 127-154). Wiesbaden: Springer VS. doi: 10.1007/978-3-658-05945-3_5.
- Putnam, Robert D. (2001). *Bowling alone. The collapse and revival of American community*. New York: Simon & Schuster.
- Remer, Uwe (2020). *Partizipative und deliberative Demokratie auf lokaler Ebene. Eine Vermessung der Beteiligungslandschaft Baden-Württembergs*. Wiesbaden: Springer VS.
- Renwick, Alan, Lauderdale, Ben, Russell, Meg & Cleaver, James (2022). *What Kind of Democracy Do People Want?* The Constitution Unit School of Public Policy, University College London (Issue January).
- Rummens, Stefan (2016). Legitimacy without visibility? On the role of mini-publics in the democratic system. In Min Reuchamps, & Jane Suiter (Eds.), *Constitutional deliberative democracy in Europe* (pp. 129-146). Colchester: ECPR Press.
- Schäfer, Armin & Schoen, Harald (2013). Mehr Demokratie, aber nur für wenige? Der Zielkonflikt zwischen mehr Beteiligung und politischer Gleichheit. *Leviathan*, 41 (1), 94-120.
- Scharpf, Fritz W. (1999). *Regieren in Europa. Effektiv und Demokratisch?* Frankfurt, New York: Campus.
- Schmalz, Inkeri M. (2019). *Akzeptanz von Großprojekten. Eine Betrachtung von Konflikten, Kosten- und Nutzenaspekten und Kommunikation*. Wiesbaden: Springer VS.
- Schmidt, Vivien A. (2013). Democracy and Legitimacy in the European Union Revisited: Input, Output and „Throughput“. *Political Studies*, 61 (1), 2-22. doi: 10.1111/j.1467-9248.2012.00962.x.
- Schulz, Marlen, Mack, Birgit & Renn, Ortwin (2012). *Fokusgruppen in der empirischen Sozialwissenschaft. Von der Konzeption bis zur Auswertung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Setälä, Maija & Smith, Graham (2018). Deliberative Mini-Publics. In André Bächtiger, John S. Dryzek, Jane Mansbridge & Mark E. Warren (Eds.), *The Oxford Handbook of Deliberative Democracy* (pp. 300-314). Oxford: Oxford University Press.
- Smith, Graham (2009). *Democratic innovations. Designing institutions for citizen participation*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Suiter, Jane, Muradova, Lala, Gastil, John & Farrell, David (2020). Scaling up Deliberation: Testing the Potential of Mini-Publics to Enhance the Deliberative Capacity of Citizens. *Swiss Political Science Review*, 26 (3), 253-272. doi: org/10.1111/spsr.12405.
- Theuwis, Marie-Isabel, van Ham, Carolien & Jacobs, Kristof (2021). *A Meta-Analysis of the Effects of Democratic Innovations on Citizens in Advanced Industrial Democracies*. ConstDelib Working Paper Series, no. 15, 1-39.
- van der Does, Roman & Jacquet, Vincent (2021). Small-Scale Deliberation and Mass Democracy: A Systematic Review of the Spillover Effects of Deliberative Minipublics. *Political Studies*. Online First. doi: 10.1177/00323217211007278.
- Vetter, Angelika (2021). Regieren und dialogische Bürgerbeteiligung. In Karl-Rudolf Korte & Martin Florack (Hrsg.), *Handbuch Regierungsforschung*, 2. Aufl. Wiesbaden: Springer VS. Online First. doi: org/10.1007/978-3-658-30074-6_48-1.
- Vetter, Angelika (2017). Beteiligungskulturen und Bürgerbeteiligung. In Markus Tausendpfund & Angelika Vetter (Hrsg.), *Kommunalpolitiker und lokaler Kontext: Fragen, Methoden, Befunde* (S. 415-455). Wiesbaden: Springer VS. doi: 10.1007/978-3-658-16398-3.

Vetter, Angelika, Eith, Ulrich & Geyer, Saskia (2015). Die wahrgenommenen Wirkungen von Bürgerbeteiligung. In Baden-Württemberg-Stiftung (Hrsg.), *Demokratie-Monitoring 2013/14. Studien zu Demokratie und Partizipation* (S. 223-342). Wiesbaden: Springer VS.

Anschriften der Autorinnen:

Apl. Prof. Dr. Angelika Vetter, Universität Stuttgart, Institut für Sozialwissenschaften, Breitscheidstr. 2, 70174 Stuttgart, E-Mail: angelika.vetter@sowi.uni-stuttgart.de.

Dr. Saskia Goldberg, KU Leuven, LEGIT Research Group, Parkstraat 45, B-3000 Leuven, E-Mail: saskia.goldberg@kuleuven.be.